

Liestal, 30. September 2016
Medienmitteilung

FDP sagt 2x Ja zu Fördermassnahmen im Energiebereich

Delegierte der FDP.Die Liberalen Baselland beschliessen mit 41 Ja zu sieben Nein bei vier Enthaltungen die JA-Parole zur Energieabgabe im Baselbiet.

2x JA zu Fördermassnahmen im Energiebereich im Baselbiet. So lautet die Parole, welche die FDP-Delegierten am Sonderparteitag vom Donnerstagabend, 29. September 2016, im Liestaler Regierungsgebäude mit deutlichem Mehr – 41 JA, sieben NEIN, vier Enthaltungen – gefasst haben. Der Sonderparteitag wurde aufgrund der grossen Bedeutung des Themas durchgeführt, um einerseits den Meinungsbildungsprozess aufgrund objektiver Zahlen und Fakten zu ermöglichen, und um sich andererseits rechtzeitig in die Kampagne für die Abstimmungsvorlage vom kommenden 27. November einzubringen, welche für die FDP wichtig ist.

Einmal mehr erweist sich die Baselbieter FDP als starke Stimme in der umweltpolitischen Diskussion. Dabei bleibt die Partei ihrer liberalen Linie auch bei diesem Thema treu. Nach intensiver Diskussion haben die Delegierten am Donnerstagabend, 29. September 2016, im Landratssaal deutlich die JA-Parole für eine wegweisende energiepolitische Weichenstellung beschlossen, über welche die Baselbieter Stimmbevölkerung am kommenden 27. November an der Urne befinden wird. Es handelt sich um die **Änderung vom 16. Juni 2016 der Verfassung** des Kantons Basel-Landschaft betreffend Einführung einer Energieabgabe zur Finanzierung von Fördermassnahmen im Energiebereich und die entsprechende **Änderung vom 16. Juni 2016 des Energiegesetzes** Basel-Landschaft. Dabei geht es um die Einführung einer kantonalen Abgabe auf nichterneuerbare Energieträger, um im Rahmen des erfolgreichen Baselbieter Energiepakets auch künftig energetische Sanierungsmassnahmen fördern zu können.

Folgende vier Punkte vermochten die Delegierten zu überzeugen:

1. Liberaler Ansatz

Die FDP übernimmt Verantwortung in der Energiepolitik und verfolgt ihren eingeschlagenen energiepolitischen Kurs konsequent. Zwar verfolgt die FDP den Grundsatz, wenn immer möglich keine neuen Steuern oder Abgaben zuzulassen. Weil aber das energiepolitische Ziel nicht zum Nulltarif erreicht werden kann und die Staatskasse leer ist, musste eine andere Lösung gefunden werden. Die nun vorgeschlagene Abgabe ist ein verträglicher Kompromiss. Sie ist nicht nur zielführend und pragmatisch, sondern trägt auch dem Verursacherprinzip Rechnung. Sie belastet diejenigen, die am meisten CO₂ verursachen, respektive entlastet jene, welche in die Energieeffizienz der eigenen Gebäude investiert haben. Das Baselbieter Energiepaket selbst wirkt als sinnvolles Anreizsystem und setzt nicht auf Zwang oder Verbote. Es ist das geeignete Instrument, um der Umsetzung des klaren Auftrags der Baselbieter Stimmbevölkerung von 2010 nachzukommen: Bis 2030 soll der Anteil an erneuerbarer Energie am Gesamtenergieverbrauch (ohne Mobilität) 40 Prozent betragen.

2. Verantwortung für den Staatshaushalt

Wenn das erfolgreiche Baselbieter Energiepaket auch nach 2018 weitergeführt werden soll, ist die Finanzierung zu sichern. Der Griff in die allgemeine Staatskasse kommt für die FDP dabei nicht infrage. Dies würde unter Umständen Steuererhöhungen nach sich ziehen, die man kaum mehr los wird. Das im revidierten Energiegesetz und in der Verfassung verankerte Ablaufdatum für die Abgabe (2030) ist aus liberaler Sicht eine akzeptable Variante. Dies umso mehr, als die Abgabe strikt zweckgebunden ist und die Förderkategorien abschliessend festgehalten sind.

3. Moderate Belastung

Das revidierte Baselbieter Energiegesetz basiert auf der kantonalen Energiestrategie 2012, auf welche sich ein von Regierungsrätin Sabine Pegoraro einberufener breit abgestützter Runder Tisch verständigt hat. Der daraus resultierende Kompromiss ergab eine moderate Abgabe auf nicht erneuerbare Energieträger von 0,5 Rappen pro kWh, was für ein Einfamilienhaus, das mit Öl oder Gas beheizt wird, eine jährliche Mehrbelastung von rund 150 Franken mit sich bringt.

4. Wirtschaftsverträglichkeit und breite Akzeptanz

Grosse Teile der Wirtschaft, insbesondere das Gewerbe, unterstützen das Baselbieter Energiepaket – auch sie übernehmen Verantwortung. Alle Unternehmen, welche im Rahmen des Grossverbrauchermodells und des KMU-Modells Energieeffizienzmassnahmen umsetzen, können sich unbürokratisch von der Abgabepflicht befreien lassen. Bereits realisierte Massnahmen werden gebührend und vollumfänglich anerkannt, und eine Härtefallregelung garantiert, dass in begründeten Härtefällen Unternehmen auch ohne entsprechende Zielvereinbarung von der Abgabe zu befreien sind. Die Energieabgabe ermöglicht überdies die Ausweitung des Energiepakets auf Gewerbe und Industrie. Nicht nur Parteien, Verbände und Wirtschaft sowie der Runde Tisch sprachen sich klar für energetische Sanierungsmassnahmen aus. Auch die Signale vonseiten der Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer sind positiv.

Vor der Parolenfassung wurde intensiv über diese Argumente diskutiert, welche die Baselbieter Bau- und Umweltschutzdirektorin Sabine Pegoraro sowie Landrat Christoph Buser vorgetragen hatten. Demgegenüber führten die Gegner der Vorlage ins Feld, dass es sich bei der neuen Energieabgabe um eine neue Steuer handle. Dies sei aus liberaler Sicht in jedem Fall abzulehnen. Auch wurden die Wirksamkeit und der volkswirtschaftliche Nutzen des Energiepakets infrage gestellt, wobei die präsentierten Fakten die Delegierten vom Gegenteil zu überzeugen vermochten.

Nachdem die Argumente von Gegnern und Befürwortern auf dem Tisch lagen, beschlossen die Delegierten schliesslich die JA-Parole. Diese fiel sehr deutlich aus: 41 JA zu sieben NEIN bei vier Enthaltungen.

Kontakt:

Christine Frey, Präsidentin FDP Baselland, Mobile 076 442 09 20